

# Sozialer Urbanismus

## Bern aus der Sicht der innovativsten Stadt der Welt

Angela Stienen, Daniel Blumer

### Einführung: Sozialer Urbanismus

Hat die Schweizer Bundesstadt Bern ein innovatives Potential? Diese Frage soll unseren Beitrag zu Bern leiten. Wir stellten sie uns, als wir erfuhren, dass im März 2013 eine Stadt zur weltweit „innovativsten Stadt des Jahres“ ernannt wurde, die in der Schweiz für viele immer noch den Ruf hat, die gefährlichste Stadt der Welt und das Zentrum der globalen Drogenökonomie zu sein: die kolumbianische 3-Millionenmetropole Medellín. Medellín war einst in Bern präsent und zwar im Jahr 2000 als das Hilfswerk *terre des hommes schweiz* auf Berns Plakatwänden mit dem Slogan „Auch in Medellín möchten die Jugendlichen lieber auf Tore schiessen, als auf Menschen“ für seine Friedensförderungsprojekte warb (Stienen 2005:98).

Der Wettbewerb, aus dem die einst krisengeschüttelte Industriemetropole Medellín 13 Jahre nach der besagten Plakatkampagne als weltweit „innovativste Stadt des Jahres“ hervorging, wurde von der globalen Forschungs- und Bildungsinstitution *Urban Land Institute* mit Unterstützung des Wallstreet Journals und der Finanzgruppe Citygroup durchgeführt. Das Urban Land Institute berät weltweit Führungskräfte aus Wirt-

schaft, Politik und dem Immobiliensektor in Fragen nachhaltiger Land- und Immobilienentwicklung. Dass Medellín der Titel „innovativste Stadt“ zugesprochen wurde und nicht einer der beiden konkurrierenden Finalistinnen, New York oder Tel Aviv, begründete das Urban Land Institute damit, dass es Medellín gelungen sei, wie ein Phoenix aus der Asche zu steigen, weil die Kommunalregierung die Sozialpolitik zu einer zentralen Standortqualität der Stadt gemacht habe (ULI 2013).

### **Bild 1: Sozialer Urbanismus, erwähnte Bauten**



*Bild: AutorInnen*

Das so genannte ‚Medellín-Modell‘, für das Medellín's linksliberaler Bürgermeister Sergio Fajardo (2004-2007) den Begriff ‚Sozialer Urbanismus‘ prägte, findet derzeit international viel Beachtung. Der Soziale Urbanismus umfasst einerseits als besonders innovativ geltende Lösungen für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und andererseits die parti-

zipatorische Erstellung des städtischen Budgets. Vor allem aber beinhaltet er weitreichende Investitionen der öffentlichen Hand in marginalisierten Stadtgebieten. Dadurch sei es gelungen, Kriminalität und Armut zu verringern. In der Tat, Medellín's Stadtregierung hat unter Fajardo und seinen Nachfolgern in den letzten Jahren das Ende 1995 in Betrieb genommene Stadtbahnssystem weiter ausgebaut: Mit Luftseilbahnen und elektrischen Rolltreppen wurden ungewöhnliche Lösungen für den Massentransport in die an steilen Berghängen gelegenen unterprivilegierten Stadtteile gefunden. Diese und andere Infrastrukturbauten wie Schulen, Bibliotheken, Museen und Quartierzentren wurden seit 2004 mit öffentlichen Geldern in Stadtvierteln errichtet, die noch in den Neunzigerjahren Hauptschauplatz der gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen kriminellen Drogengangs, linken Guerrilla-Milizen und den staatlichen Sicherheitskräften waren. Zusammen mit sozialen Wohnbau- und Stadterneuerungsprojekten haben die Infrastrukturbauten diese Viertel zu Vorzeigeorten in der Stadt gemacht. Bürgermeister Fajardo vertrat den Standpunkt, dass es sich für eine Stadt lohne, möglichst viele öffentliche Gelder in die Erneuerung unterprivilegierter Stadtteile zu investieren und diese durch die Errichtung von Sozialbauten von höchster architektonischer Qualität auch symbolisch gezielt aufzuwerten (Alcaldía de Medellín 2004-2007; Stienen/ Betancur 2012).

Diesen Standpunkt griff kürzlich eine der weltweit renommiertesten Stadtforscherinnen, die Soziologin Saskia Sassen, in einem anderen Zusammenhang auf. In einer öffentlichen Kontroverse über die Erneuerung eines sozial benachteiligten Stadtteils in Hamburg, die Sassen als Beraterin begleitet, wurde der Wissenschaftlerin vorgeworfen, sie trage mit dazu bei, dass das Quartier gentrifiziert werde, das heisst, dass die einkommensschwache Bevölkerung aus dem Quartier verdrängt werde, da die einst günstigen Wohnungen nach der Sanierung nur noch für höhere Einkommensgruppen erschwinglich seien. Die Sanierungsmassnahmen würden nämlich das Quartier symbolisch derart aufwerten, dass sie einer Anwerbepolitik für Angehörige der Mittelschichten gleichkämen (AKU 2013). Interessanterweise rechtfertigte Saskia Sassen ihr Engagement für die kritisierte Stadteilerneuerung mit Medellín's Sozialem Urbanismus. Mit diesem habe Medellín's einstiger Bürgermeister Sergio Fajardo bewiesen, dass eine Verhinderung von Stadteilaufwertung mit der Begründung, eine solche Massnahme führe sowieso zu Gentrifizierung, den unterprivilegierten Bevölkerungsgruppen mehr schade als nütze. Medellín's Sozialer Urbanismus führe nämlich vor Augen, dass nicht jede Stadteilaufwertung notgedrungen die Verdrängung einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen und damit eine Gentrifizierung zur Fol-

ge habe. Zudem verweise der Soziale Urbanismus darauf, wie wichtig die symbolische Aufwertung unterprivilegierter Stadtteile sei, denn auch deren BewohnerInnen würden ein städtisches Leben in Würde mit dem Recht auf einen städtischen Lebensraum verbinden, der architektonisch attraktiv ist und eine zeitgemässe Infrastrukturausstattung aufweist. Saskia Sassen, die weltweit Kommunalregierungen in ihren Erneuerungsprojekten berät (Robinson 2002:548f), plädiert deshalb dafür, Stadteilerneuerung nicht aus Angst vor Gentrifizierung zu verhindern, auch wenn sie aufgrund steigender Wohn- und Dienstleistungskosten potentiell zur Bevölkerungsverdrängung führen könne. Vielmehr müsse die Marktlogik, die Aufwertungsmassnahmen gemeinhin zugrunde liegt, durch staatliche oder private Regulierungsmassnahmen korrigiert werden, auf diese Weise könne die Verdrängung kontrolliert werden. Für Sassen kommt diesbezüglich in Medellín's Sozialem Urbanismus eine Trendwende in der weltweiten Stadtentwicklung zum Ausdruck, weg vom alleinigen Primat der Profitmaximierung hin zur Berücksichtigung einer Gebrauchslogik (Sassen 2013).

Die internationale Aufmerksamkeit, die Medellín's Sozialer Urbanismus findet, drückt sich nicht nur in der Wahl Medellín's zur „innovativsten Stadt des Jahres“ aus, sondern auch darin, dass die Stadt mehr als 40 internationale Preise für ihren Sozialen Urbanismus erhielt (ACI 2013). Medellín wurde zudem als Ort für das 7. World Urban Forum-WUF der UNO-Organisation Habitat im Frühjahr 2014 gewählt, damit wurde der Soziale Urbanismus dieser Stadt zum Ausgangspunkt der internationalen Debatten über die Schlüsselfaktoren der Stadt der Zukunft gemacht (UN-Habitat 2013)

Was aber hat Medellín's Sozialer Urbanismus mit der Schweizer Bundesstadt Bern zu tun? Genau dieser Frage wollen wir in unserem Beitrag nachgehen. Inspiriert durch die dargelegte Kontroverse über Stadteilerneuerung und Gentrifizierung, in der sich Saskia Sassen gestützt auf das ‚Medellín-Modell‘ für eine sozial abgefederte Stadteilerneuerung ausspricht, wollen wir die gegenwärtig in der Öffentlichkeit kontrovers debattierte Aufwertung des früheren Berner Arbeiterquartiers Lorraine unter die Lupe nehmen. Das innenstadtnahe Lorrainequartier betrachtete die einstige Fachstelle Wohnen der Berner Stadtverwaltung zu Beginn des neuen Jahrtausends als einen Ort mit beispielhafter Stadteilerneuerung (Blumer/ Tschannen 2006:393). Erneuerungsmassnahmen liessen zwar ein vielfältiges Wohnungsangebot in allen Preissegmenten entstehen und führten zu einer heterogenen Bevölkerungszusammensetzung. Die Statistiken der Volkszählung 2000 zeigen jedoch, dass die mit solchen Prozessen gemeinhin einhergehende Verdrängung der unterprivi-



legierten Bevölkerungsgruppen aus dem Quartier weitgehend ausblieb (Stienen/ Blumer 2006).

Heute, gut zehn Jahre später, werden nun aber explodierende Mietpreise und der Rückgang des Anteils an BewohnerInnen mit ausländischem Pass im Quartier beklagt. Dies hat zur Kontroverse darüber geführt, ob die symbolische Aufwertung des einstigen ‚Sorgenquartiers‘ zum multikulturellen ‚Quartier Latin‘ nun dessen ‚Veredelung‘ und damit die Verdrängung einkommensschwacher Schichten und gegenkultureller Lebensformen zur Folge hat – oder ob das Quartier weiterhin als Ausnahmebeispiel dafür gelten kann, wie Quartieraufwertung durch regulierende Massnahmen von Privaten und öffentlicher Hand günstigen Wohnraum und eine soziokulturell vielfältige Bevölkerung im Quartier zu erhalten vermag (Der Bund 2012; Berner Zeitung 2010).

Zu dieser Debatte wollen wir beitragen im Dialog mit Medellíns Sozialem Urbanismus und geleitet durch die eingangs gestellte Frage, ob die Stadt Bern ein innovatives Potential habe.

### **Umkämpfte Stadtgebiete: Bern ist nicht Medellín – oder doch?**

In einem vielbeachteten Buch diskutieren Porter/ Shaw (2009), anhand von Fallbeispielen aus über 20 Städten, Massnahmen zur Stadterneuerung, die gegenwärtig in vielen Städten der Welt beobachtet werden können. Solche Massnahmen hätten zum Ziel, den städtischen Boden in Wert zu setzen und Investoren sowie mittlere und höhere Einkommensgruppen in die Städte zu ziehen. Viele dieser Massnahmen, so zeigt das Buch, umfassen die Aufwertung innerstädtischer Quartiere, in die jahrzehntelang nicht mehr investiert wurde. Die beiden Autorinnen interessieren in erster Linie Fallbeispiele, die zeigen, wie im Rahmen der Stadterneuerung Gentrifizierung, d.h. der Austausch tiefer durch hohe Einkommensgruppen sowie die Verdrängung des in den Innenstädten angesiedelten traditionellen Kleingewerbes, verhindert oder zumindest kontrolliert werden konnte, auch dann, wenn die Erneuerung zur Verteuerung des städtischen Bodens führte. Dabei fragen sie, welchen Einfluss AnwohnerInnen auf die Quartieraufwertung nehmen können und wie sie diese so steuern können, dass sie durch sie nicht vertrieben werden.

Interessanterweise sehen die Autorinnen den Fall des Lorrainequartiers (Stienen/ Blumer 2009) als gutes Beispiel dafür, wie es lokalen AnwohnerInnen gelingen kann, die Erneuerung ihres Quartiers mit der Stadtregierung politisch auszuhandeln und mittels Neuinvestitionen, die

an einer Gebrauchslogik orientiert sind, die Quartierentwicklung zu kontrollieren. Für die Autorinnen bestätigt der Fall des Lorrainequartiers auch, dass Stadterneuerung, die sozialen Interessen folgen will und nicht Profitmaximierung zum Ziel hat, politisch erkämpft werden muss. Solche politischen Auseinandersetzungen seien vor allem dann erfolgreich, wenn sie, wie im Lorrainequartier, zwischen einer organisierten Quartierbevölkerung mit eigenen Visionen für die Stadtentwicklung und der öffentlichen Hand stattfinden. Nur wenn es ersterer gelinge, auf die Stadtregierung Druck auszuüben, könne sie diese dazu bringen, ihre soziale Verantwortung wahrzunehmen und zugunsten der Bedürfnisse und Ressourcen der QuartierbewohnerInnen korrigierend in die Marktlogik, die tiefe Einkommensgruppen immer ausschliesst, einzugreifen (Porter 2009:252; Shaw 2009:258f.)

Genau hier liegt für uns die Analogie zwischen dem Lorrainequartier und dem Sozialen Urbanismus in der Stadt Medellín. Ein genauer Blick auf die Vorzeigequartiere des Sozialen Urbanismus, wie etwa das innerstädtische einstige Armutsviertel Moravia, zeigt, dass dieser Ansatz aus politischen Kämpfen hervorgegangen ist. Es lohnt sich deshalb, im Hinblick auf die Betrachtung der Lorraine zunächst kurz einen Blick auf Moravia zu werfen. Denn wie in der Lorraine wurde auch in Moravia darum gestritten, in welcher Weise und vom wem gemeindeeigener Boden genutzt werden soll. Dabei zeigte sich, dass es in diesen politischen Kämpfen mit der öffentlichen Hand letztlich um mehr ging als um das Quartier, nämlich um die Ausrichtung der kommunalen Stadtentwicklungspolitik der Zukunft.

Die für die Betrachtung der Lorraine aufschlussreichen Erfahrungen aus Medellín lassen sich folgendermassen zusammenfassen (dazu Stienen/ Betancur 2012):

Das innerstädtische Viertel Moravia ist ein Resultat der Kahlschlagsanierung der Innenstadt Medellín – eine bis in die Siebzigerjahre weltweit verfolgte Modernisierungsstrategie. Die dadurch vertriebene innerstädtische Armutsbevölkerung besetzte daraufhin ein brachliegendes gemeindeeigenes Landstück am Rande der Innenstadt, auf das die Stadtverwaltung zwischen 1977 und 1983 vorübergehend die städtische Mülldeponie verlegt hatte. Dort baute sie die Siedlung Moravia und eine ökonomische Nische, das Abfallrecycling, auf. Als diese als Slum geltende Siedlung 1983 zusammen mit der Schliessung der Mülldeponie abgerissen werden sollte, setzte sich die mittlerweile auf über 10'000 Personen angewachsene Bevölkerung gegen ihre Vertreibung zur Wehr. Der Widerstand der SlumbewohnerInnen und ihr kollektiver Kampf für ein Bleiberecht in der Stadt löste stadtweit Solidaritätsbekundungen aus,

fielen sie doch in eine Zeit sozialer Unrast und politischer Proteste in Medellín. Ähnlich wie in vielen anderen Städte überall auf der Welt – so auch in der Schweizer Hauptstadt Bern, wie wir noch zeigen werden – hatte sich in Medellín in den späten 1970er Jahren eine urbane soziale Bewegung gebildet, die während der 1980er Jahre zu einem starken politischen Akteur in der Stadt wurde, der radikal das Recht der unterprivilegierten Bevölkerung auf die Stadt einforderte (Castells 1983; Mayer 1999; Betancur et al. 2001).

Im Kontext der urbanen Protestbewegung entspann sich ein Kampf zwischen den widerständischen SlumbewohnerInnen und ihren Organisationen und der Kommunalverwaltung um das Bleiberecht in der Innenstadt. Dieser zog sich bis Mitte 1990er Jahre hin und mündete in den 2000er Jahren schliesslich in Medellín's Sozialen Urbanismus. Durch den Kampf zwischen StadtbewohnerInnen, die mit dem Bleiberecht ein Gebrauchsrecht auf die Stadt einklagten, und der öffentlichen Hand, die den innerstädtischen Boden in Wert zu setzen beabsichtigte, gelang es erstens, die Kommunalverwaltung dazu zu bringen, das Quartier Moravia umfassend aufzuwerten und dabei die Quartierbevölkerung und deren konkrete Vorschläge für die Quartierentwicklung massgeblich miteinzubeziehen. Dadurch wurde das Bleiberecht der QuartierbewohnerInnen städtebaulich materialisiert und damit zu einem *fait accompli*.

Zwei wichtige Faktoren trugen massgeblich zu diesem Erfolg bei: Den BewohnerInnen Moravias gelang es, sich selbst und die Problemlagen im Quartier sichtbar zu machen und für die Durchsetzung der eigenen Interessen Rechtsgrundlagen zu nutzen, die in den Neunzigerjahren für die Stadtentwicklung neu formuliert worden waren. Sichtbarkeit erlangte der Widerstand in Moravia, weil die Quartierbevölkerung ihr Quartier in Selbstbauweise erweiterte, obwohl Medellín's Kommunalverwaltung dies als illegal einstufte, und weil sie mit dem Aufbau einer Abfallrecycling-Kooperative sowie Dienstleistungskooperativen im Reinigungs- und Entsorgungsbereich eine eigene Wirtschaftsstruktur im Quartier errichtete. Diese Aktivitäten führten dazu, dass Moravia in den Neunzigerjahren zu einem Zentrum der Solidarökonomiebewegung in Medellín wurde, welche die genossenschaftlich organisierten, nicht gewinnorientiert arbeitenden Produktions- und Dienstleistungsunternehmen in der Stadt umfasst. Dieser auch über die nationalen Grenzen hinaus vernetzten Bewegung anzugehören, stärkte die Verhandlungsmacht von Moravias Bevölkerung gegenüber der Stadt.

Über ihre Quartierorganisationen kannte Moravias Bevölkerung die Rechtsinstrumente, die für den Kampf um das Bleiberecht eingesetzt werden konnten, sehr gut. Besonders ein Rechtsinstrument, das im ko-

lumbianischen Stadtentwicklungsgesetz von 1989 enthalten ist, stellte einen zentralen Verhandlungsgegenstand mit der Stadtverwaltung dar: das Konzept „Schutz der ansässigen Bevölkerung vor Vertreibung“ (Congreso de Colombia 1989, Ley 9 de 1989, artículo 58). Diese juristische Kategorie, die im kolumbianischen Raumordnungsgesetz von 1999 durch zwei juristische Klauseln erweitert ist, wurde in den Auseinandersetzungen in Moravia zur zentralen Grundlage der Quartieraufwertung gemacht.

Die erste Klausel schreibt fest, dass „die in einem von Umstrukturierungen betroffenen Stadtgebiet lebende Bevölkerung geschützt wird“ und „kollektive Interessen über individuelle Interessen gestellt werden“. Durch die zweite Klausel wurde gesetzlich verankert, dass „das Recht auf die Stadt für alle BürgerInnen unabhängig von Hautfarbe, Geschlecht, Religion, Sozialstatus gewährleistet ist“ (POT 1999, Acuerdo 62 de 1999, artículo 12, Objetivo 8). Mit Hilfe dieser Rechtsinstrumente machten die Quartierorganisationen 1999 die Quartieraufwertung in Moravia zu einem festen Bestandteil von Medellín's Raumordnungsplan. Im Jahr 2004 schliesslich erklärte der neu gewählte Bürgermeister von Medellín, der linksliberale Sergio Fajardo, der von internationalen Medien gerne als Vater des Sozialen Urbanismus bezeichnet wird (New York Times 2012), Moravias partizipatorisch durchgeführte Quartieraufwertung zu einem strategischen Projekt des metropolitanen Ballungsraums *Medellín* und *Aburrá-Tal*.

Heute gilt Moravia als Vorzeigequartier für Medellín's Sozialen Urbanismus. Das Quartier ist nun Bestandteil der revitalisierten Innenstadt Medellín's. Es ist umgeben von vielen neuen Infrastrukturbauten des Stadterneuerungsbooms der letzten Jahre: das Viadukt, auf dem die Stadtbahn fährt, der neu gebaute Überlandbusbahnhof, ein neuer Business-Park, neu errichtete Bildungseinrichtungen und Erholungsparks sowie Spitäler und Universitäten. Dies hat zur Folge, dass die Immobilienpreise in diesem Quartier ein enormes Entwicklungspotential haben. Dass dies Druck auf Moravias Bevölkerung erzeugen und zu ihrer Vertreibung führen könnte, weil sie trotz Einbindung in die städtische Solidarökonomie nach wie vor zu den tiefsten Einkommensgruppen in der Stadt gehört, ist kein Thema im Quartier. Die BewohnerInnen Moravias sind sich ihrer Sache sicher. Im Zuge der Quartieraufwertung konnten sie sich in der Stadt etablieren, denn sie wurden zu EigentümerInnen ihrer Wohnungen und Medellín's Zonenplan verbrieft, dass die öffentliche Hand das Recht der Bevölkerung, im Quartier wohnhaft zu bleiben, schützen muss, auch wenn dies Profitinteressen zuwiderläuft (Stienen/Betancur 2012).

**Bild 2: Moravia, Kulturzentrum**



*Bild: Autorinnen*

Das Fallbeispiel Moravia verweist darauf, dass in Medellín die Stadterneuerung gerade deshalb zu einem international beachteten Standortfaktor für die Stadt wurde, weil durch sie die Ansprüche und Visionen der unterprivilegiertesten Bevölkerungsgruppen in der Stadt durchgesetzt wurden. Ob darin eine globale Trendwende kommunaler Stadtentwicklungspolitik hin zur stärkeren Gewichtung einer Gebrauchslogik zum Ausdruck kommt, wie die zitierte Stadtforscherin Saskia Sassen vermutet, oder ob es sich dabei um die Besonderheit einer so genannten Drittwelt-Stadt handelt, soll hier nicht zur Diskussion gestellt werden. Vielmehr soll am Beispiel des Berner Lorrainequartiers gezeigt werden, ob und inwiefern die Stadt Bern ein analoges Potential für eine solche Trendwende hätte.

## **Die Lorraine – Berns ‚Little Italy‘**

Die Berner Lorraine ist ein relativ altes Quartier. Mitte 19. Jahrhundert von privaten Investoren in Berns erstem Erweiterungsring um die Altstadt als ArbeiterInnenquartier gebaut, ist das Quartier durch die Lorrainebrücke mit der Altstadt verbunden.

Der Quartierteil nahe der Brücke wurde zu Repräsentationszwecken mit grossen Gebäuden, die neben Wohnungen auch Büros und Geschäfte umfassten, ausgestattet, der hintere Quartierteil hingegen mit kleinen 3-4-Stockwerke hohen Backstein- und Holzhäusern, die dem Quartier einen Dorfcharakter verliehen. In den Sechzigerjahren erwarb die Stadt Bern diese privaten Gebäude mit dem Ziel, sie abzureissen. Damals plante die Stadt Bern, eine Schnellstrasse quer durch das Quartier zu bauen; sie war als Teilstück des neuen Schweizer Autobahnnetzes geplant, das als Antwort auf die wachsende Mobilität der Bevölkerung und des expandierenden Individualverkehrs die Berner Altstadt durchquert hätte (Lüthi/ Meier 1998).

Bis in die Siebzigerjahre hinein betrachtete das Planungsamt der Stadt Bern das Lorrainequartier als „Cityerweiterungsgebiet“ aufgrund der vielen schlecht unterhaltenen Kleinbauten aus der Jahrhundertwende, die weder eine hohe Raumausnutzung erlaubten, noch den Standardvorstellungen der Hochkonjunkturgeneration von attraktivem Wohnraum entsprachen. Das Lorrainequartier sollte total saniert werden, daran war auch die städtische Liegenschaftsverwaltung interessiert. Sie besass nicht nur im hinteren Teil der Lorraine verschiedene Liegenschaften, die sie einst als Abbruchobjekte gekauft hatte, sondern verfügte auch im vorderen Quartierteil, über eine grosse Landfläche mit nur geringer Ausnutzung. Eine 1970 vom Stadtplanungsamt in Auftrag gegebene Studie sah den Abriss von gut der Hälfte aller Gebäude im Lorrainequartier vor. Das Quartier sollte mit modernen Blockbauten überbaut werden.

Die Rezessionsjahre der Siebzigerdekade verhinderten jedoch den geplanten Umbau des Quartiers. Blockbauten wurden überwiegend an den Quartiergrenzen entlang der städtischen Hauptverkehrsachse Nordring und entlang des Eisenbahnviaduktes am Randweg errichtet. Da diese Bauten eine veritable Schallmauer gegen Lärmimmissionen von Bahn- und Strassenverkehr darstellten, trugen sie dazu bei, dass die inneren Quartierteile ruhiger wurden. Dies führte zur kleinräumigen Segregation der Bevölkerung im Quartier: In den Blockbauten an den Quartierändern sind seither tiefe Einkommensgruppen sowie nichtschweizerische Haushalte weit stärker vertreten als in den inneren Quartierteilen (Stienen/ Blumer 2006:196).



Das 1975 europaweit begangene Jahr der Denkmalpflege, das als Reaktion auf die Rezensionsjahre angesehen werden kann, markiert auch in der Berner Stadtplanung eine Wende. Diese wirkte sich ganz konkret auf das Lorrainequartier aus: Statt die kommunalen Liegenschaften im hinteren Teil der Lorraine abzureissen, stufte sie die Stadt anfangs der 1980er Jahre als "erhaltenswerte Bauten" ein wegen ihres "städtebaulich einmaligen, kaum mehr zu findenden dörflichen Charakters" (Blumer/ Tschannen 2001:51f).

Auch die heute symbolträchtige Liegenschaft Quartierhof – der Gebäudekomplex eines Siedlungsprojekts aus dem Jahr 1862, das im Lorrainequartier damals Wohnraum für verschiedene soziale Schichten hätte schaffen sollen – wurde aufgrund des Paradigmenwechsels vor dem Abriss bewahrt. Noch Anfang der Siebzigerjahre war der grössere Teil dieses Gebäudekomplexes ganz im Sinne der Modellplanung Lorraine durch ein langgezogenes Scheibenhaus ersetzt worden. Die Besitzerin dieser Liegenschaft, die Schweizer Post, konnte den Quartierhof nun nicht mehr, wie ursprünglich geplant, durch den Neubau eines Telex-Zentrum ersetzen, er wurde vielmehr als „erhaltenswertes Gebäude“ eingestuft und am Ende der Achtzigerdekade gar unter Denkmalschutz gestellt.

Der Quartierhof ist nicht nur baulich sondern auch hinsichtlich seiner Bewohnerstruktur interessant. Seine unsanierten 2-Zimmerwohnungen waren ab den Sechzigerjahren vorwiegend von Personen bewohnt, die als gesellschaftlich ‚unangepasst‘ oder ‚randständig‘ galten und ausgegrenzt wurden. Neben Personen mit Schweizer Pass handelte es sich dabei vor allem auch um Bauarbeiter aus dem Ausland, die eine saisonale Arbeitsbewilligung hatten und von den sie beschäftigenden Baufirmen im Quartierhof eingemietet wurden. Die meisten dieser Personen stammten aus Italien und waren alleinstehend, da die damaligen Schweizer Migrationsgesetze den Familiennachzug verboten. Der Quartierhof steht somit geradezu exemplarisch für das Image, das die Lorraine bis in die frühen 1980er Jahren besass: Das Quartier galt als unterprivilegiert und wurde aufgrund der im bernischen Vergleich hohen Anzahl italienischer ‚GastarbeiterInnen‘ deshalb Berns *Little Italy* genannt. Tatsächlich stammte noch 1980 die Hälfte aller Personen mit ausländischem Pass in der Lorraine aus Italien. Viele Personen, die als ‚GastarbeiterInnen‘ im Ausland rekrutiert worden waren, lebten im Lorrainequartier unter prekären Bedingungen. Meist teilten sie ein Zimmer mit mehreren Landsleuten. Wie in anderen Schweizer und europäischen Städten zeigte sich auch in Bern, dass die Anwesenheit einer ‚Gastarbeiterbevölkerung‘ zur sozialen Aufwärtsmobilität der Schweizer Arbeiterklasse bei-

trug (Hoffmann-Nowotny 1973). Statistisch schlug sich dies etwa darin nieder, dass die Schweizer Arbeiterklasse ab den Sechzigerjahren in den an Berns westlichem und östlichem Stadtrand entstehenden modernen Hochhaussiedlungen konzentriert war, die ausländische Arbeiterklasse hingegen in Berns sanierungsbedürftigen Innenstadtvierteln. So hatte 1970 und 1980 jede fünfte Person im Lorrainequartier einen ausländischen Pass, ein Anteil, der nicht nur weit über dem damaligen städtischen Durchschnitt von 14% AusländerInnen im Jahr 1970 und 12.6% im Jahr 1980 lag, sondern auch über jenem in den Hochhaussiedlungen an Berns westlichem Stadtrand (Stienen/Blumer 2006:120f; 130).

Städtebaulich hatte sich das Lorrainequartier seit Mitte der Siebzigerjahre nur noch wenig verändert: Wegen der Rezession wurde die bestehende Baustruktur nur in beschränktem Masse durch Neubauten ersetzt und der Entwertung der Altbauwohnungen wurde kaum entgegengewirkt, somit blieben auch die Mietpreise tief. Während Behörden und Politik das Quartier aufgrund seiner Sozial- und Baustruktur noch immer als städtisches „Abbruch- und Cityerweiterungsgebiet“ betrachteten, nannten die dort alteingesessenen BewohnerInnen ihr Quartier damals liebevoll „unser Dorf“ (ibid.). Diese Situation sollte sich im Zuge der Achtzigerjahre schlagartig ändern.

## **Wir wollen alles und zwar subito**

Die Achtzigerdekade begann in der Schweiz mit einer gegenkulturellen städtischen Revolte: Die ‚Achtzigerbewegung‘. Sie erschütterte bis in die frühen Neunzigerjahre viele Schweizer Städte und kann als Schweizer Ausdruck jener urbanen sozialen Bewegungen betrachtet werden, die sich, wie bereits im Zusammenhang mit Medellín erwähnt, in den späten Siebzigerjahren in Städten überall auf der Welt formierten und die während der Achtzigerjahre weltweit das städtische Leben von Grund auf neu gestalteten. Die Schweizer Achtzigerbewegung, die sich selbstironisch „Bewegung der Unzufriedenen“ nannte, eroberte rasch die unsanierten innerstädtischen Gebiete. Die Bewegten besetzten leer stehenden Wohnraum oder stillgelegte Industrie- und Gewerbeanlagen. Letztere wurden zu Autonomen Jugendzentren umgestaltet, in ersteren richteten sich Wohngemeinschaften ein. Mit ihren unangepassten Wohn- und Lebensformen, den neu geschaffenen selbstverwalteten Arbeitsverhältnissen und provokativen kulturellen Ausdrucksweisen beabsichtigte die Achtzigerbewegung, die selbstzufriedene Schweizer Gesellschaft aufzurütteln und die Städte urbaner zu machen. Sie forderte die Stadtregie-

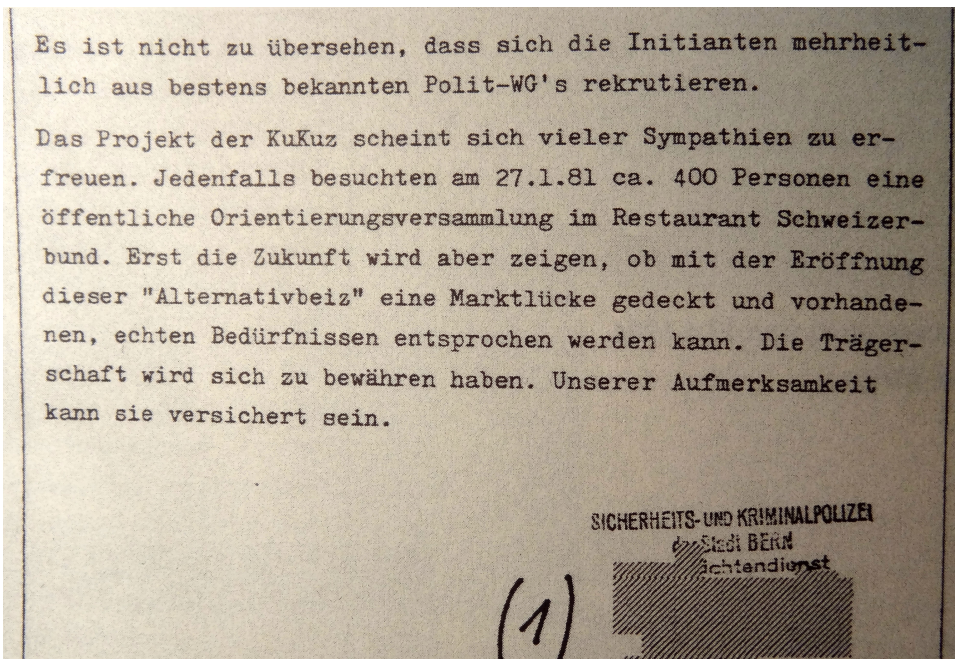
rungen mit spontanen illegalen kulturellen Happenings im öffentlichen Raum, Hausbesetzungen und nicht bewilligten Demonstrationen, die wiederholt in Zusammenstössen mit der Polizei endeten, radikal heraus. Gemäss dem Slogan „Wir wollen alles und zwar subito“ (Nigg 2001), strebte die Achtzigerbewegung weder den von der Achtundsechzigerbewegung propagierten ‚langen Marsch durch die Institutionen‘ an, noch war sie bereit, auf eine in der Ferne liegende Revolution zu warten. Sie machte sich vielmehr daran, „hier und jetzt“ Freiräume zu erobern, um selbstbestimmte und selbstverwaltete Orte zu schaffen, wo radikal-alternative urbane Lebensformen und kulturelle Ausdrucksweisen entstehen konnten. Diese sollten das städtische Establishment, die Stadtregierungen und die herrschenden Vorstellungen davon, was „normal“ und „sozial akzeptabel“ ist, provozieren (Hansdampf 1998; Nigg 2001; Abteilung Zukunft 2007).

Obwohl die Achtzigerbewegung in vielen Schweizer Städten aus ähnlichen städtischen Kontexten heraus entstand, entwickelte sie sich entsprechend der lokalen Besonderheiten in jeder Stadt auf ihre eigene Weise. In Bern öffnete die Bewegung das erste Autonome Jugendzentrum AJZ 1981 in der damals ungenutzten hundertjährigen früheren Reitschule. Wenige Monate später, 1982, vertrieb die Polizei gewaltsam die BesetzerInnen – junge Leute aus den unterschiedlichsten sozialen Milieus, mittellose KünstlerInnen, Obdachlose und politische AktivistInnen – und schloss das AJZ. Das Gelände der Reitschule wurde in der Folge während eines Jahres rund um die Uhr von der Polizei bewacht, um eine erneute Besetzung zu verhindern. Diese Ereignisse hatten zur Folge, dass das Lorrainequartier, welches durch die Lorrainebrücke direkt mit der Reitschule verbunden ist, für viele AktivistInnen der Achtzigerbewegung zum Refugium wurde. Das Quartier galt damals als einzigartiger Ort in Bern, denn die Gebäudestruktur und die Zusammensetzung der dort ansässigen Bevölkerung schien es geradezu dazu zu prädestinieren, zum Ort für unkonventionelle und alternative Wohn- und Lebensformen zu werden.

Viele AktivistInnen der Achtzigerbewegung bezogen die unsanierten Häuser im Quartier und mieteten sich zu günstigem Zins ein. Zu jener Zeit war es relativ einfach, in der Lorraine eine billige stadteigene Wohnung zu mieten, da die Häuser, die der Gemeinde Bern gehörten, Abbruchobjekte waren. Da sie zudem nur an Personen vermietet wurden, die bereits zwei Jahre lang in der Stadt Bern angemeldet waren, war der Zugang zu diesem Wohnraum Personen mit Saisonierstatus oder NeuzuzügerInnen nach Bern verwehrt. Ein wichtiges Ereignis für die Wende, die anfangs der Achtzigerjahre im Quartier eingeleitet wurde,

stellt der Kauf der Liegenschaft Quartiergasse 17/19 dar: Ende 1982 gründeten über 400 Personen die Genossenschaft Kulinarisches Kultur-Zentrum – kurz KuKuZ genannt – und kauften an der Quartiergasse ein vierstöckiges Gebäude mit Garten. In diesem Haus entstanden im Erdgeschoss die heute legendäre Genossenschaftskneipe Brasserie Lorraine, im 1. Obergeschoss Sitzungs- und Veranstaltungsräume für politisch und kulturell aktive Gruppen sowie ein politisches Archiv. In die darüber liegenden drei Etagen zogen zwei Gross-Wohngemeinschaften ein (Brasserie Lorraine 2001). All diese Veränderungen im Quartier wurden nicht nur durch den Lorraineleist – die in die 1860er Jahre zurückgehende offizielle Quartierorganisation, die Berns damaliger bürgerlich-konservativer Stadtregierung und Stadtverwaltung nahe stand – mit Argwohn beobachtet, sondern auch durch die Sicherheitspolizei minutiös überwacht und fichiert (Frieden 2001).

**Abb. 1: Ficheneintrag mit Zitat: „ob es eine Marktlücke ist, wird sich weisen, unserer Aufmerksamkeit sind sie sicher“**



Quelle: Denn wir gehen nicht unter: 20 Jahre Genossenschaft Brasserie Lorraine Bern: ein Rückblick mit Ausblick / [Hrsg.:] Verein 20 Jahre Brasserie Lorraine

Während der gesamten Achtzigerdekade war der von den AktivistInnen der Bewegung neu bewohnte und meist in Eigenregie in Stand gesetzte Wohnraum in den stadteigenen Häusern zentraler Streitpunkt der Quartierpolitik. Mitte der 1980er Jahre organisierten sich die BewegungsaktivistInnen im Interessensverein *Läbigi Lorraine* und begannen damit, sich mit unterschiedlichen Mitteln für die Sicherung ihrer Mietverträge und für eine Verbesserung der allgemeinen Wohnsituation im Quartier einzusetzen. Mit verschiedensten Aktionen, Veranstaltungen und Einsprachen thematisierte der Verein Läbigi Lorraine die fehlende Bereitschaft der städtischen Liegenschaftsverwaltung, ihre eigenen Liegenschaften sachgemäss zu unterhalten. Die AktivistInnen der Achtzigerbewegung etablierten sich im Lorrainequartier zunehmend als eine von den bürgerlichen Anschauungen und Wertvorstellungen, die die Stadt beherrschten, abweichende ‚Alternativszene‘. Ihr gelang es, Missstände in der städtischen Liegenschaftsverwaltung sichtbar zu machen, die teilweise derart gravierend waren, dass sie zu einem Druckmittel wurden: Nicht nur Berns bürgerlich-konservativer Gemeinderat und die Verwaltung wurden mit Vorstössen überhäuft, auch der rot-grünen Opposition wurden klare Positionen und Wahlversprechen abverlangt. Regierende Mehrheit wie auch Opposition sahen sich in der Folge gezwungen, gegenüber der Quartierentwicklung Stellung zu beziehen, was sich bis heute auswirkt. Was dies hiess, beschreibt ein ehemaliger Bewegungsaktivist so:

„Wir haben wahnsinnig viele Einsprachen gemacht in diesen zwölf Jahren. Ich weiss nicht mehr, wie viele es waren. Ich denke, sie haben in dem Sinn etwas bewirkt, dass wir jetzt [nach dem Regierungswechsel zu einem rot-grün dominierten Gemeinderat] von den Stadtbehörden akzeptiert sind. Dass man, wenn man in der Lorraine ein Projekt will, sagt: "Achtung, dort müsst ihr mit Widerstand rechnen" (Blumer/ Tschannen 2006:382).

Im dem Masse, wie sich die Berner ‚Alternativszene‘ während der Achtzigerjahre im Lorrainequartier niederliess, entstand dort eine Art ‚Parallelgesellschaft‘. Sie verband nicht nur eine genossenschaftlich organisierte Wirtschaftsstruktur, die sich im Quartier ausbreitete, bestehend aus selbst verwalteten Läden, Kneipen, Kindertagestätten, Handwerksbetrieben, Werkstätten und Dienstleistungsangeboten wie eine Druckerei, politische Archive und Treffpunkte, sondern auch gegenkulturelle Wertvorstellungen und Lebensstile, ein gemeinsamer Politslang und Kleidungsstil und der politische Aktivismus.

Die ‚Alternativszene‘ wurde ein starker politischer Akteur in der Stadt Bern. Nach der Räumung von Liegenschaften, die vorübergehend in

anderen Berner Quartieren wie dem Mattenhof besetzt wurden und der drin errichteten kulturellen Veranstaltungsorte (u.a. Zaff und  $\Omega$ -8) durch die Polizei, kam es regelmässig zu kurzzeitigen Besetzungen leer stehender Gebäude in der gesamten Stadt. Dort wurden kulturelle Happenings veranstaltet, die teils über tausend Personen anzogen und dort wurde auch der Ruf nach einem neuen AJZ in Bern immer lauter. Als 1987 die Polizei das zwei Jahre zuvor besetzte Gaswerkareal, auf dem das selbsternannte „Freie Land Zaffaraya“ ausgerufen worden war, räumte, weiteten sich die immer wieder stattfindenden Demonstrationen in Bern zu einer Massendemonstration aus, die schliesslich zur erneuten Besetzung der Reitschule führte.

Der Versuch von Seiten der Behörden, die BesetzerInnen zu vertreiben und die Reitschule nochmals zu schliessen, scheiterte. Bereits eine Woche später besetzten erneut Tausende die Reitschule, unterstützt durch einen in der Stadt breit abgestützten Kulturstreik. Das AJZ wurde wieder geöffnet und Hunderte Freiwilliger begannen damit, in Eigenregie die Reitschule in Stand zu setzen und in ein selbstverwaltetes Zentrum für alternative Kultur und Politik zu verwandeln, welches Konzert- und Veranstaltungsräume, ein Theater und Kino, einen Frauenraum, ein Restaurant und Bars sowie einen Treffpunkt mit Archiv für politische Gruppen umfasste.

Seit 1987 wird die Reitschule mehrheitlich durch Freiwilligenarbeit betrieben. Im Gegensatz zu den selbstverwalteten Kulturzentren, die zeitgleich in anderen Schweizer Städten entstanden – zum Beispiel die Rote Fabrik in Zürich oder die Usine in Genf (Wolff 1998) – erhielt die Reitschule bis heute nie öffentliche Subventionen in Millionenhöhe. Dies führte zwar immer wieder zu finanziellen Engpässen, stärkte aber auch die politische Legitimation von Berns autonomem Kulturzentrum unter den sich wandelnden gegenkulturellen ‚Szenen‘ in Bern. Zudem gelang es der Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule, die öffentliche Kontrolle über die kulturellen und politischen Aktivitäten in der Reitschule gering zu halten. Vielleicht gilt die Berner Reitschule deshalb im Gegensatz zu den unter ähnlichen Umständen entstandenen autonomen Kulturzentren in anderen Schweizer Städten auch heute, mehr als 25 Jahre nach ihrer Besetzung, immer noch als das Zentrum für autonome und Avantgardeskultur und vermag weiterhin lokale und stadtübergreifende ausserparlamentarische politische Kräfte zu vernetzen (Hansdampf 1998; Abteilung Zukunft 2007).

Doch seit 1987 ist die Reitschule den rechtskonservativen Parteien ein Dorn im Auge: Sie wurde zusammen mit dem Lorrainequartier zu den am heissest umkämpften Orten in der Stadt Bern.



## Die „Bronx von Bern“ – Experimentierfeld zukünftiger Stadtentwicklung

„ (...) alle sozialen Experimente [hat man] in der Lorraine gemacht (...): Eine Krippe, die Tagesschule, den Tageskindergarten, den Infopunkt für Ausländer; da gab es X-Sachen. All diese Pilotprojekte hat man in der Lorraine gemacht (...)“ (Mitglied Lorraineleist, zit. in Blumer/ Tschannen 2006:378).

Die erneute Besetzung der Reitschule im Jahr 1987 und der Aufbau des autonomen Kulturzentrums verschärften im Lorrainequartier die politischen Konflikte zwischen der Alternativszene und dem Lorraineleist, der die bürgerlich-konservativen Kräfte in Quartier und Stadtbehörden repräsentierte. Für den Leist war die Reitschule ein Zentrum politischer Konspiration, von dem aus das Lorrainequartier infiltriert und moralisch zerstört wurde (Blumer/ Tschannen 2001; 2006). Tatsächlich gehörten viele AktivistInnen, die an der Besetzung der Reitschule beteiligt waren, zur Alternativszene im Lorrainequartier. Die innerstädtische Lage der Reitschule gleich neben dem Berner Hauptbahnhof und die räumliche Konzentration der BewegungsaktivistInnen im benachbarten Lorrainequartier hatten politische Synergien zur Folge. Dadurch spitzten sich vor allem Auseinandersetzungen über den privaten und teilöffentlichen Raum im Quartier zu. Die Alternativszene mischte sich mit der Gründung des Vereins Läbigi Lorraine aktiv in die Quartierpolitik ein, nicht in der Rolle einer Quartiersprecherin, die sich politisch legitimieren muss, sondern mit dem Ziel, den Lorraineleist vom quartierpolitischen Parkett zu verdrängen. Der Machtkampf zwischen Alternativszene und Leist zeigte, dass die Herausbildung einer gegenkulturellen ‚Parallelgesellschaft‘ im Quartier die Machtverhältnisse in der Lorraine so veränderte, dass es zu einem Machtwechsel kam. Dadurch verschärfte sich auch der politische Widerstand der Alternativszene gegen die bürgerlich-konservative Stadtregierung und die herrschende bürgerliche Ordnung in der Stadt Bern.

Im Masse, wie sich die Alternativszene quartierpolitisch lautstark Gehör verschaffte und das Quartier als ihren ‚Kiez‘ betrachtete, veränderte sich auch das Image des Lorrainequartiers: Es galt nun nicht mehr als Berns *Little Italy* sondern als „Bronx von Bern“ (Stienen/ Blumer 2006:91).

Dieser Imagewandel fiel in eine Zeit, in der sich die politische Situation in der Gemeinde Bern nachhaltig verändern sollte. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundeshauptstadt verloren Anfang der Neunzigerjahre die bis anhin regierenden bürgerlichen Parteien die Mehrheiten in Parlament und Regierung. 1992 gewannen die Rot-Grün-Mitte-Parteien (kurz RGM) die Wahlen und bis heute stellen sie sowohl die Mehrheit im

Gemeinderat – Berns Exekutive – als auch im Stadtrat. Dieser Umschwung zu einer rot-grünen Mehrheit fand nicht nur in Bern sondern in fast allen urbanen Zentren der Schweiz statt. Er war Ausdruck tiefgreifender soziokultureller Veränderungen in den Städten. Alle grösseren Städte rückten in den Neunzigerjahren sowohl politisch als auch in Bezug auf die Einstellungen und Lebensstile der Bevölkerung nach links. In Bern ist dieser Umschwung insofern bedeutsam als er der Bundesstadt, die lange Zeit als konservativste Stadt der Schweiz galt, zunehmend den Ruf einbrachte, die am stärksten linksorientierte Schweizer Stadt zu sein (Ziegler 2002; Der Bund 2004). Vor diesem Hintergrund kann davon ausgegangen werden, dass in den Wahlen von 1992 für einen Wandel gestimmt wurde, der längst fällig war. Die Wählerschaft der Rot-Grün-Mitte-Regierung wählte damals nicht nur Berns ‚Bürger-Block‘ ab, dessen Politik als wertkonservativ, elitär und repressiv wahrgenommen wurde, sie wählte auch eine neue Stadtentwicklungspolitik, die versprach, Bern zu einer Stadt für alle zu machen.

Im Lorrainequartier gelang es der Alternativszene die Aufbruchstimmung in der Stadt nach den Wahlen für die Durchsetzung ihrer Interessen zu nutzen. Als Teil einer starken ausserparlamentarischen Opposition forderte sie von der neuen rot-grünen Regierung, günstigen Wohnraum zu erhalten, beziehungsweise zu schaffen, um der damaligen Wohnungsnot, die auch aus heutiger Sicht als gravierend bezeichnet werden kann, ein Ende zu setzen. Was die damalige Wohnungsnot in der Stadt Bern von der heutigen unterscheidet, ist nicht der Leerwohnungsbestand – vor 20 Jahren betrug die Leerwohnungsziffer 0.3%, heute beträgt sie 0.4% (SD 2013) – sondern der Zustand der Quartiere. In den frühen Neunzigerjahren hatte die Erneuerung der innenstädtischen Quartiere erst eingesetzt oder stand noch bevor, weshalb sich in diesen Quartieren vergleichsweise viele leer stehende Liegenschaften fanden, die aus finanzieller Not oder aufgrund spekulativer Absichten ihrer BesitzerInnen nicht bewohnt waren.

Im Frühjahr 1993 stellte die Wiederbelebung der Hausbesetzungsbewegung durch Berns ausserparlamentarische Opposition die neu gewählte RGM-Regierung vor eine erste grosse Herausforderung. In der Folge beschloss der Gemeinderat unter Federführung der damaligen Finanzdirektorin Therese Frösch vom Grünen Bündnis, neue Wege in der städtischen Wohn- und Stadtentwicklungspolitik zu beschreiten. Als erstes setzte er auch in Bern das so genannte ‚Genfer Modell‘ durch. Dieses durch die Stadt Genf entwickelte Modell legt fest, dass besetzte Häuser nur dann geräumt werden, wenn die Eigentümerschaft einer besetzten Liegenschaft ein rechtsgültiges Baugesuch vorlegen und nach-

weisen kann, dass die Sanierungs- oder Neubauarbeiten umgehend nach der Räumung beginnen. Als nächstes erfüllte die neue Regierung ihr Wahlversprechen und ermöglichte, dass städtische Liegenschaften im Baurecht an ihre BewohnerInnen abgegeben wurden.

Das Lorrainequartier bot sich für das Beschreiten dieser neuen Wege geradezu an. Dort ortete das Stadtplanungsamt ein „grosses Potential für Eigensanierungen“ (Stienen 2007:28). Von dieser Einschätzung konnten im Verlauf der Neunzigerjahre in erster Linie die der Alternativszene angehörenden BewohnerInnen städtischer Liegenschaften profitieren, die sich zu gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften zusammenschlossen hatten.

Ende der Neunzigerjahre wurde auch ein im vorderen Quartierteil liegendes Sanierungsgebiet, das den städtischen Werkhof Lorraine umfasste, im Baurecht an einen gemeinnützigen Bauträger übergeben. Das hierzu von der Liegenschaftsverwaltung der Stadt Bern angewendete Verfahren stellte ein Novum für die Stadt dar. Es wurde ein Investoren-Architekten-Wettbewerb durchgeführt, an dem ausschliesslich gemeinnützige Bauträger teilnehmen konnten. Vorgabe war, Wohnprojekte zu schaffen, die einerseits vielfältigen Wohnansprüchen genügen und andererseits preisgünstigen Wohnraum zu erhalten vermochten. So entstand mit der ‚Vordere Lorraine‘ ein Projekt, das zwar nicht durch eine Wohnbaugenossenschaft getragen wird, sondern durch eine gemeinnützige Aktiengesellschaft, die *Wohnen und Kultur/ wok lorraine*. Deren Mietverträge basieren auf dem Mietmodell der Stiftung Wohnqualität. Dieses räumt den MieterInnen Rechte ein, die über gängige Mietverträge hinausgehen: Mitgestaltung von Wohnung, Haus und Garten, kollektive Selbstverwaltung des Hauses und Mitbestimmung bei der Mieterauswahl. Die Erfahrungen in der Lorraine mit diesem Modell haben Schule gemacht, heute bestimmt es auch die Mietverträge der durch die gemeinnützige Aktiengesellschaft npg getragenen Siedlung Burgunder im Berner Stadtteil Bümpliz-Bethlehem, die sich als erste autofreie Siedlung der Schweiz bezeichnet.

Ab 1992 gingen etliche städtische Liegenschaften im Lorrainequartier in die Hand von gemeinnützigen Bauträgern aus dem Umfeld der damaligen Alternativszene über (Blumer/ Tschannen 2001; 2006). Durch die Übernahme von Liegenschaften im Baurecht beabsichtigten die Wohnbaugenossenschaften, auch in Zukunft in der Lorraine preisgünstigen Wohnraum zu erhalten und den Erneuerungsdruck, der auf dem Quartier aufgrund von seiner Bausubstanz und der Innenstadtnähe lastete, durch die Regulierung des Wohnungsmarktes aufzufangen. Die konkreten Massnahmen, die die Wohnbaugenossenschaften dazu einsetzten, sind

zum einen freiwillig erlassene Belegungsregeln der Wohnungen, wie etwa die sogenannte „plus 1 Zimmer-Regel“, die vorschreibt, dass die zu Verfügung stehende Anzahl Zimmer in einer Wohnung die Anzahl Personen im Haushalt nur um ein Zimmer überschreiten darf. In der Stadt Bern unterliegen zwei von drei genossenschaftlicher Wohnungen dieser Regel (Wohnstadt 2012; Blumer 2012). Eine andere Regulierungsmassnahme der Wohnbaugenossenschaften zur Begrenzung des individuellen Flächenverbrauchs im Quartier ist die Bildung von Grosshaushalten in den Genossenschaftshäusern – wie Wohngemeinschaften, Familienwohngemeinschaften. In einer Stadt wie Bern, die im Jahr 2000 schweizweit den höchsten Anteil an Einpersonenhaushalten hatte (52%) und damit einen hohen pro Kopf Flächenverbrauch aufwies (Stienen 2007:5), sind solche Massnahmen sehr bedeutsam. Als weitere Regulierungsmassnahme wurden Solidaritätspraktiken eingeführt, so ermöglichen durch Mieterbeiträge gespeiste Solidaritätsfonds in den genossenschaftlichen Wohnprojekten, dass dort auch Familien oder Wohngemeinschaften mit tiefem Einkommen einziehen können.

## **Ein Quartier für alle**

Aus heutiger Sicht zeigt sich, dass die Abgabe städtischer Liegenschaften im Baurecht an gemeinnützige Bauträger sowie die beschriebenen Regulierungsmassnahmen der Genossenschaften in der Lorraine einen nachhaltigen Einfluss auf die Quartieraufwertung ausübten. Zwar konnte der seit Jahrzehnten auf dem Quartier lastende Sanierungs- und Erneuerungsdruck nicht abgewendet werden, die offensive Mitgestaltung der Quartieraufwertung durch Einzelpersonen und Interessengruppen aus der Alternativszene verhinderte jedoch, dass diese allein kommerziellen Interessen folgte (Blumer/ Tschannen 2006). Deshalb finden sich trotz Sanierungen nach wie vor so genannte ‚Tiefpreisinseln‘ im Quartier, wie etwa der Quartierhof, bei dessen sanfter Renovation bewusst auf Luxus verzichtet wurde, so dass die Miete für eine sanierte Dreizimmerwohnung immer noch unter 1000 Franken liegt. Fast ebenso bedeutsam sind die Kneipen und Läden der gemeinnützigen Bauträger im Quartier. Sie stellen wichtige Begegnungsorte dar und wurden zu Zentren für die kollektive Entwicklung quartierpolitischer Vorstösse und Projekte.

Im Zuge des politischen Wandels in der Stadt Bern entstand in der Lorraine in den Neunzigerjahren eine grosse Vielfalt an Wohnprojekten. Die Wohnungen in den gemeinnützigen Wohnprojekten sind teils stärker teils weniger ausgeprägt auf alternative Lebensformen ausgerichtet, was

darauf hinweist, dass sich die Lebensstile in der Lorraine vervielfältigten. Die einst gegenkulturelle Parallelgesellschaft der AktivistInnen der Achtzigerbewegung, die den Wandel im Quartier als PionierInnen initiierten, hat sich mit deren Eintritt in eine neue Lebensphase – Abschluss der Ausbildung, Aufnahme einer Erwerbstätigkeit mit stabilem Einkommen, Familiengründung – diversifiziert. Einige kehrten den selbstverwalteten Wirtschaftsstrukturen im Quartier den Rücken und stiegen in höhere Einkommensgruppen auf, andere blieben den selbstverwalteten Betrieben trotz tiefer Einkommen aus Überzeugung oder auch aufgrund fehlender Alternativen treu. Gemeinsam ist allen, dass sie im Lorrainequartier sesshaft werden konnten und nicht, wie in Trendquartieren anderer Schweizer Städte mit ähnlicher Geschichte, durch neu zuziehende statushöhere Bevölkerungsgruppen verdrängt wurden. Trotz der restriktiven Flächenvorgaben der Wohnbaugenossenschaften, die eine Anpassung des pro Kopf-Raumverbrauchs an den bernischen Durchschnitt verhinderten, blieben viele ehemalige BewegungsaktivistInnen in ihren eher engen, dafür aber vergleichsweise günstigen Wohnungen wohnen. Doch auch wer bereit ist, für eine eigene Badewanne und etwas mehr Wohnfläche eine bedeutend höhere Mieten zu zahlen, oder wer sich eine grosszügigere Wohnung leisten will, findet Alternativen im Quartier. So setzte sich ein relativ hoher Anteil der ErstbewohnerInnen des neu gebauten und deshalb vergleichsweise teureren Wohnprojekts Vordere Lorraine aus den einstigen PionierInnen des in den Achtzigerjahren provozierten Wandels im Lorrainequartier zusammen.

Im kleinräumigen Lorrainequartier finden sich die vielfältigen Wohnprojekte in unmittelbarer Nachbarschaft mit der alteingesessenen status tiefen Quartierbevölkerung. Diese hatte einst die Herausbildung einer gegenkulturellen Parallelgesellschaft in ihrem Quartier voller Argwohn beobachtet. Die Angehörigen der Arbeiterklasse, die vormalig das Quartier geprägt hatte und zu der auch die früheren Gastarbeiterfamilien gehörten, nahmen sich einst als ‚Insider‘ des Quartiers wahr. Sie sahen sich im Sinne von Norbert Elias (Elias/ Scotson 1993) als alteingesessene HüterInnen bürgerlich-konservative Einstellungen und Lebensformen, die sie als die ‚wahren‘ schweizerischen Normen und Werte betrachteten und die der Lorraine Leist in den Achtzigerjahren politisch erfolgreich verteidigte. Die Veränderung der Machtverhältnisse in der Stadt Bern und in der Lorraine legte offen, dass die bürgerlich-konservativen Einstellungen und Lebensformen nicht mehr mehrheitsfähig waren in Bern, weshalb die Alteingesessenen politisch und lebensweltlich im Quartier zunehmend marginalisiert wurden. Sie zogen sich in der Folge zwar weitgehend aus den öffentlichen Debatten um die Quartierentwicklung

zurück und sahen sich als Opfer linker Stadtentwicklungspolitik, doch aus der Lorraine verdrängt wurden sie durch die ‚Alternativszene‘ nur in geringer Masse. Wenngleich sich statistisch eine stärkere Konzentration der statustiefen Bevölkerung an den Quartiterrändern nachweisen lässt, ist das Quartier auch am Ende der Zweitausenderdekade noch durch ein Nebeneinander verschiedener Statusgruppen geprägt (Stienen 2006b; 2007).

### **Bild 3: Wohnprojekt VoLo**



*Bild: AutorInnen*

Längst hat sich das Image der Lorraine als ‚Bronx von Bern‘ verflüchtigt, sein alternatives Flair als ‚Kiez‘ oder ‚Quartier Latin‘ hat das Quartier aber behalten. Entlang der Lorrainestrasse ist zwar ein Teil des ursprünglich dort angesiedelten traditionellen Gewerbes verschwunden, aber es finden sich dort nach wie vor viele selbstverwaltete Betriebe, Läden, Bars und Kneipen aus den Achtziger- und Neunzigerjahren. Interessant ist, dass viele der neu hinzugekommenen Dienstleistungsangebote, wie Frisöre, Schneidereien und auch Kneipen, vom Nachwuchs der



**Bild 4: Altes Haus in der Lorraine**



*Bild: AutorInnen*

*Wir arbeiten in der Brass, weil wir Verantwortung tragen und unseren Arbeitsplatz selber mitgestalten wollen, ohne Hierarchien und festgefahrene Strukturen. Weil uns selbstverwaltetes, kollektives und nicht gewinnorientiertes Arbeiten sinnvoll und wichtig erscheint. Und weil uns die Brass am Herzen liegt. (<http://brasserie-lorraine.ch/>)*

Die im Lorrainequartier etablierte ehemalige Alternativszene konnte nicht nur über Jahre dank der genossenschaftlichen Verwaltung der im Baurecht übernommenen Häuser und gemeinnützigem Wohnungsbau die Mietpreisentwicklung im Quartier kontrollieren. Viele sich ihr zuzählende Personen im Quartier sind durch die jahrelangen Auseinandersetzungen mit der Stadt über die Quartierentwicklung auch zu regelrechten ExpertInnen in Sachen Stadtentwicklung geworden. Sie engagieren sie weiterhin gegen eine Quartierentwicklung, die allein die Profitmaximierung zum Ziel hat und stellen im Quartier nach wie vor ein Widerstandspotential dar.

**Bild 5: Geschäfte in der Lorrainestrasse**



*Bild: AutorInnen*

Heute sind in Berns innerstädtischen Quartieren faktisch keine leer stehenden Liegenschaften mehr zu finden. Der wirtschaftliche Aufschwung der späten Neunzigerjahre führte zu neuen Investitionen in diesen Quartieren und zur umfassenden Quartiererneuerung. Wenn die Lorraine also heute wieder Schlagzeilen in der Presse macht, dann nicht,

wie in den frühen Neunzigerjahren, wegen der Konzentration so genannter A-Gruppen – Alternative, AusländerInnen, Ausgesteuerte, Abhängige, Arme, Alte – im Quartier, die der Stadt zur Last fallen oder die sie politisch provozieren. Heute stehen explodierende Immobilienpreise und der Bau von Luxuswohnungen für den gehobenen Mittelstand durch die Stadt im Fokus der Kritik (Berner Zeitung 2010; 2012; Der Bund 2013).

Seit dem weltweiten Einbruch der Börsen in den Jahren 2007-2009 ist auch in der Lorraine der Immobilienmarkt verstärkt zum vermeintlich sicheren Hafen für Investitionen geworden. So wurde 2013 an der Lorrainestrasse ein Haus zum nahezu dreifachen Preis dessen angeboten, was für ein identisches Haus in der Nachbarschaft im Jahr 2006 in einem Bieterverfahren erzielt wurde, auch gibt es den Fall der sanft renovierten Altbauwohnungen von 90m<sup>2</sup> ohne Balkon, die zu einem Mietpreis von 2'700 Franken angeboten werden.

Solche Einzelbeispiele verweisen einerseits darauf, dass es für die lokalen Wohnbaugenossenschaften in der Lorraine schwieriger geworden ist, durch den Kauf von Wohnraum, Liegenschaften der Spekulation zu entziehen und dadurch regulierend auf die Mietpreisentwicklung einzuwirken. Andererseits führen die Beispiele die Gewinnmarge bei Liegenschaftsgeschäften im innenstadtnahen Wohnquartier vor Augen.

Derartige Geschäfte mit privaten Liegenschaften schliessen Personen mit tiefem Einkommen sowie Angehörige stigmatisierter Nationalitätengruppen im Quartier vom Wohnungsmarkt von vornherein aus und auch die Genossenschaften gingen in den vergangenen Jahren wiederholt als Verlierer aus den Bieterverfahren heraus. Wenngleich die Angehörigen der ehemaligen Alternativszene im Quartier solche ‚Deals‘ kritisieren, können sie diese nicht verhindern. Das ist bei Projekten der öffentlichen Hand anders. So setzten sich etwa die Wohnbaugenossenschaften im Quartier zusammen mit dem Verein Läbige Lorraine bei der Stadt erfolgreich dafür ein, dass im hinteren Quartierteil die an der unteren Jurastrasse liegenden städtischen Liegenschaften als günstiger Wohnraum erhalten bleiben. Widerstand gegen Projekte der öffentlichen Hand formiert sich dann, wenn die Stadt Bern in ihren Liegenschaften und durch Neubauten auf ihren Arealen im Quartier Marktpreise erzielen will, die nur vom gehobenen Mittelstand bezahlt werden können. Dies geschah im Jahr 2013 im Fall des Neubauprojekts Centralweg, für das die Stadt Bern einen Wettbewerb durchgeführt hatte. In der von über 1000 Personen und 40 Gewerbetrieben aus dem Quartier unterstützten Petition gegen dieses Projekt kommt die Befürchtung zum Ausdruck, die städtische Wohnbaupolitik kurble die Mietpreisentwicklung im Quartier an und treibe alternative, nicht profitorientierte Projekte zunehmend in die Enge. Dass

durch den Protest das Projekt am Centralweg im Rahmen eines Rückkommenantrags im Stadtrat auf Eis gelegt wurde, zeigt, dass die Lorraine bis heute ein umkämpftes Quartier geblieben ist und dort immer noch erfolgreich gegen eine profitorientierte Stadtentwicklung Widerstand geleistet wird.

### **Bild 6: Spekulationsobjekte**



*Bild: AutorInnen*

### **Schlussfolgerung: Berns innovatives Potential**

Für Medellíns innovatives Potential steht Moravia, für jenes von Bern die Lorraine. In beiden Stadtgebieten wurde zwanzig Jahre lang mit der Kommunalverwaltung um eine Stadtentwicklungspolitik gestritten, die nicht dem Primat der Profitmaximierung folgt. Nicht nur die Resultate dieses Streits sind heute, in Zeiten von Wirtschaftskrise, sozialräumlicher Polarisierung und Wohnungsnot von grossem Interesse, sondern auch seine Voraussetzungen und sein Verlauf. „Verteilungsgerechtigkeit“ und



„lebbar Städte“ sind die Schlagworte der internationalen UNO-Habitat-Konferenz von 2014 in Medellín. Medellín setzt das sozial innovative Potential von Stadtgebieten wie Moravia längst als Ressource im internationalen Standortwettbewerb ein. Es hat der Stadt den Titel der weltweit „innovativsten Stadt“ eingebracht. International wird Medellín's Sozialer Urbanismus heute als Modell vermarktet. Aus internationaler Sicht stehen dafür allerdings allein die beeindruckenden Bauten sowie der Name jenes Bürgermeisters, der sich als erster dazu durchrang, das städtische Budget so umzuverteilen, dass solche Bauten errichtet und zum Bestandteil sozialer Stadterneuerung wie jener in Moravia werden konnten. Völlig ausgeblendet wird dabei, dass der Soziale Urbanismus in erster Linie das Resultat eines jahrelangen Seilziehens zwischen der Stadtverwaltung und der städtischen Bevölkerung ist und niemals zu Stande gekommen wäre ohne den unermüdlichen Kampf von QuartierbewohnerInnen für ihr Recht auf die Stadt. Viel bedeutsamer als der Titel „innovativste Stadt des Jahres“ ist deshalb, dass Medellín's Sozialer Urbanismus kritische Debatten darüber provoziert, unter welchen Voraussetzungen die sozial verträgliche Stadt der Zukunft geschaffen werden kann und wie Errungenschaften, wie jene der Bevölkerung Moravias, nachhaltig werden können.

Solche Debatten lenken den Blick auf die innovativen Potentiale einer Stadt, auch einer Stadt wie Bern. Noch verkennt Bern die Tragweite des innovativen Potentials, das in der Lorraine aus den langjährigen sozialen und ökonomischen Experimenten und politischen Debatten über die nichtkommerzielle Nutzung sanierungsbedürftiger Stadträume erwuchs. Heute scheinen zwar Projekte, die auf genossenschaftlichen Wohnraum setzen, angesichts von Wohnungsnot und sozialer Verdrängung mehr Interesse denn je zu wecken (Der Bund 2012). Doch wie für Medellín gilt auch für Bern, dass solche Projekte gewisser Voraussetzungen bedürfen, damit sie sowohl den sozio-ökonomischen Zwängen als auch dem in allen sozialen Schichten zu findenden Anspruch auf einen architektonisch attraktiven und zeitgemäss ausgestatteten Wohn- und Lebensraum begegnen und tatsächlich zu einer sozialen Quartierentwicklung führen. Das Potential, das sich in der Lorraine in den bewegten Achtziger- und Neunzigerjahren entwickelte, hat Voraussetzungen, die in der Literatur als Grundlage einer sozialen Stadtentwicklung beschrieben werden und die sich auch für den Fall von Medellín's Moravia nachzeichnen lassen: Bereitschaft der Bevölkerung und ihrer Organisationen zur Partizipation und damit verbunden zur ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘; Aufbau einer selbstverwalteten Infrastruktur im Quartier; umfassende Kenntnisse über bestehende rechtliche Möglichkeiten und politische Verfahren und deren ge-

zielte Nutzung; Kompetenz und Wille, Planungsfolgen und Sozialverträglichkeit von Sanierungsprojekten abzuschätzen; Einbettung punktueller Sanierungsprojekte in eine eigene Gesamtstrategie der Stadtentwicklung, die sozialpolitisch orientiert ist und dem Ziel folgt, den Verdrängungsdruck auf die innenstadtnahen Quartiere zu nehmen; Ringen um Entscheidungsmacht und Entwicklung basisorientierter Aushandlungsverfahren in den Auseinandersetzungen mit den städtischen Behörden (Alisch 2002; Porter/ Shaw 2009).

Bern ist nicht Medellín und doch zeigen die Fallbeispiele aus beiden Städten, dass die Erweiterung des Bestands von nichtkommerziell orientierten Wohn- und Quartiererneuerungsprojekten heute dringender denn je ist, sie bringt Herausforderungen für die Stadt mit sich, die in beiden Fällen durchaus analog sind.

## **Literaturverzeichnis**

Abteilung Zukunft (Hrsg.), 2007: Reitschule Bern - 20 Jahre und mehr. Edition 8, Zürich.

Alisch, Monika, 2002: Soziale Stadtentwicklung : Widersprüche, Kausalitäten und Lösungen. Leske und Budrich, Opladen.

ACI, 2013: Agencia de Cooperacion e Inversión de Medellín y el Área Metropolitana.  
<http://www.acimedellin.org/es/SaladePrensa/Noticias/tabid/111/NewsViewMode/full/NewsItemID/1171/Default.aspx> ([30.11.2013])

AKU, 2013: Arbeitskreis Umstrukturierung Wilhelmsburg: Offener Brief an Saskia Sassen, publiziert am 22. Juli 2013.  
<http://akuwilhelmsburg.blogspot.eu/2013-07-offener-brief-an-saskia-sassen/#more-1968> [30.11.2013]

Alcaldía de Medellín, 2004-2007: Del miedo a la esperanza, pp. 1-46.  
<http://www.sergiofajardo.com/libro/DeLMiedoALaEsperanza/capitulo01.pdf> [30.11.2013]

Berner Zeitung, 2010: Die Veredelung des Sorgenquartiers. Zeitpunkt, von Stefan von Berge (6./7. November 2010).



- Berner Zeitung, 2012: Preise in der Lorraine explodieren, von Christoph Hämman (13. November 2012).  
<http://www.bernerzeitung.ch/region/bern/Preise-in-der-Lorraine-explod>  
 [30.11.2013]
- Betancur, Soledad/ Stienen, Angela/ Urán, Omar, 2001: Globalización, cadenas productivas & redes de acción colectiva. Reconfiguración territorial y nuevas formas de pobreza y riqueza en Medellín y el Valle de Aburrá. Tercer Mundo Editores, Bogotá.
- Blumer, Daniel/ Tschannen, Pia, 2006: Machtkampf ums Quartier – das Berner Nordquartier. in: Stienen, Angela (Hrsg.): Integrationsmaschine Stadt? Op.cit.:361-413.
- Blumer, Daniel/ Tschannen, Pia, 2001: "Wer hat das Sagen im Quartier?": Einflussmöglichkeiten von Akteurguppen auf die Entwicklung zweier Quartiere der Stadt Bern (Breitenrain und Lorraine). (2. Auflage) Institut für Soziologie, Bern.
- Blumer, Daniel, 2012: Vermietungskriterien der gemeinnützigen Wohnbauträger in der Schweiz. Eine Studie zur Anwendung von Belegungsvorgaben und Einkommenslimiten bei 1000 gemeinnützigen Wohnbauträgern. Bundesamt für Wohnungswesen BWO, Bern.
- Castells, Manuel, 1983: The City and the Grassroots: A Cross-Cultural Theory of Urban Social Movements. University of California Press.
- Der Bund, 2004: Bern hat Basel links überholt. Die grossen Schweizer Städte werden derzeit immer linker: Die zuziehenden „Städter aus Überzeugung“ verstärken den Trend, von Hermann, Michael/ Leuthold, Heiri (7. Dezember 2004).
- Der Bund, 2012: Die einstige «Bronx von Bern» wird gentrifiziert, von Matthias Ryffel (30. Juni 2012).
- Der Bund, 2013: Mit diesem Bau leistet die Stadt der Gentrifizierung in der Lorraine Vorschub, von Timo Kollbrunner (18. Mai 2013).
- Elias, Norbert/ Scotson, John L., 1993. Etablierte und Aussenseiter. Suhrkamp, Berlin.

- Frieden, Urs, 2001: Ein wichtiger Freiraum ein sicherer Hort, in: Denn wir gehen nicht unter. 20 Jahre Genossenschaft Brasserie Lorraine. Verein 20 Jahre Brasserie Lorraine, Bern:14-19.
- Hansdampf, 1998: „Reithalle Bern: Autonomie und Kultur im Zentrum“. Rotbuchverlag, Zürich.
- Hoffmann-Nowotny, Joachim, 1973: Soziologie des Fremdarbeiterproblems: eine theoretische und empirische Analyse am Beispiel der Schweiz. Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart.
- Lüthi, Christian/ Meier, Bernhard, 1998: Bern – Eine Stadt bricht auf. Schauplätze und Geschichten der Bener Stadtentwicklung zwischen 1798 und 1998. Paul Haupt, Bern.
- Mayer, Margit, 1999: "Urban Movements and Urban Theory in the Late 20th Century," in: Sophie Body-Gendrot/ Beauregard, Bob (eds.): The Urban Moment. Sage, Thousand Oaks:209-239.
- New York Times, 2012 : A City Rises, Along With Its Hopes, by Michael Kimmelman (May 18, 2012).  
<http://www.nytimes.com/2012/05/20/arts/design/fighting-crime-with-architecture-in-medellin-colombia.html> [30.11.2013]
- Nigg, Heinz, 2001: Wir wollen alles und zwar subito ! : die Achtziger Jugendunruhen in der Schweiz und ihre Folgen. Limmat Verlag, Zürich.
- Porter, Libby/ Shaw, Kate (eds.), 2009: Whose Urban Renaissance? An international comparison of urban regeneration strategies. Routledge, London/ New York.
- Porter, Libby, 2009: Whose Urban Renaissance?, in: Porter, Libby/ Shaw, Kate (eds.): Op.cit.:241-253.
- Robinson, Jennifer, 2002: Global and world cities: a view from off the map. International Journal of Urban and Regional Research. Vol. 26, Issue 3:531–554.
- Sassen, Saskia, 2013: Response to open letter (New York, July 26, 2013). <http://saskiasassen.com/to-aku.php> [30.11.2013]

- SD, 2013: Zählung der leer stehenden Wohnungen und Arbeitsräume in der Stadt Bern am 1. Juni 2013. Statistikdienste, Bern.
- Shaw, Kate, 2009: Rising to a challenge. in: Porter, Libby/ Shaw, Kate (eds.): Op.cit.:253-261.
- Stienen, Angela/ Betancur, Soledad, 2012: Städtische Nischenökonomien und Sozialer Urbanismus in Medellín/Kolumbien. In: Dabringer, Maria/ Trupp, Alexander (Hrsg.): Wirtschaften mit Migrationshintergrund. Zur soziokulturellen Bedeutung ethnischer Ökonomien in urbanen Räumen. Konzepte und Kontroversen. StudienVerlag, Wien:50-65.
- Stienen, Angela/ Blumer, Daniel, 2009: „The equitable regeneration of Berne“. In: Porter, Libby/ Shaw, Kate (eds.): Op. cit.:212-222.
- Stienen, Angela, (Hrsg.), 2006a: Integrationsmaschine Stadt? Interkulturelle Beziehungsdynamiken am Beispiel von Bern. Paul Haupt, Bern.
- Stienen, Angela, 2006b: Verborgene Einschluss- und Ausgrenzungsdynamik im Stadtteil, in: dies. (Hrsg.): Op. cit.:213-361.
- Stienen, Angela/ Blumer, Daniel, 2006: Problemquartiere? Die Logik sozialräumlicher Segregation, in: Stienen, A. (Hrsg.): Op.cit.:83-213.
- Stienen, Angela, 2005: Willkommen in der Kapitale des 21. Jahrhunderts – Medellín. Die Globalisierung des städtischen Raumes. Dissertation. Universität Bern. CD-Rom.
- Stienen, Angela, 2007: Sozialräumliche Stadtentwicklung in Bern. Eine Interpretation der Sozialraumanalysen am Beispiel ausgewählter Quartiere in der Stadt Bern. Statistikdienste, Bern.
- ULI, 2013: Urban Land Institute.  
<http://www.uli.org/urban-land-magazine/medellin-named-most-innovative-city/> [30.11.2013]
- UN-Habitat, 2013: Urban Equity in Development – Cities for Life. Draft Concept Paper.  
[http://www.unhabitat.org/downloads/docs/12375\\_1\\_595271.pdf](http://www.unhabitat.org/downloads/docs/12375_1_595271.pdf) [30.11.2013]

Wohnstadt, 2012: Informationen zur aktuellen Wohnbaupolitik der Stadt Bern, Nr. 23. Abteilung Stadtentwicklung, Bern.

Wolff, Richard, 1998: ‚A star is born‘. in: INURA (ed.): Possible Urban Worlds: Urban Strategies at the End of the 20th Century. Birkhäuser, Basel.

Ziegler, Maya, 2002: Marginalisierung peripherer Arbeiterquartiere. Schleichender soziostruktureller Wandel in städtischen Aussenquartieren und seine Auswirkungen auf die Weltanschauung aufgezeigt am Beispiel Zürich, Bern, Winterthur. (Diplomarbeit, Geographisches Institut, Universität Zürich) Zürich.